Corps unter General Henich erwartet werden. Nach einem weiteren Artikel der „Opinione" ist Baratieri gezwungen, letzte Zufuhrstraße von Senafe nach Adigrat aufzugeben, weil sie von den Rebellen besetzt sei. Er habe jetzt nur noch die Straße über Coatit zur Verproviantirung. Menelik scheine einen Vorstoß gegen Keren gemacht zu haben, um die rechte Flanke Baratieri's zu umgehen. Da neue Verstärkungen erst am 20. März in Massaua eintreffen, ist Baratieri in den nächsten Wochen zu einer abwartenden Unthätigkeit verurtheilt. Es heißt jetzt, daß ein commandirender General, vielleicht Pelloux, als Obercommandant nach Afrika geht. Immer lauter wird der Wunsch, daß Baratieri sich nach Massaua zurückziehe.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, wenn die gesammte Afrika-Politik der Regierung die schärfsten Anfeindungen, namentlich von radicaler und conservativer Seite findet.

Nun ist auch die **egyptische Frage** wieder auf der Tagesordnung. In Konstantinopel hat man es jüngst für zweckmäßig erachtet, an diese Frage zu rühren. Der türkische Botschafter in London Costaki Pascha wurde, wie gemeldet, angewiesen, die englische Regierung zu ersuchen, „mit der Türkei als der suzeränen Macht die Lage in Egypten auf der Grundlage von Garantien für die Sicherung der Verkehrswege zwischen Indien und England in Ordnung zu bringen." Aus dem Diplomatischen ins Gemeinverständliche übertragen, will dies heißen: Die Pforte verlangte die neuerliche Einleitung von Verhandlungen über die Räumung des Nillandes. Das wäre die Aufrollung einer Frage, deren Umfang und Folgewirkungen unter den gegenwärtig herrschenden Umständen kaum Jemand vorauszusehen vermöchte. Der Meldung über den Schritt der Pforte bei der englischen Regierung wegen Egyptens ist allerdings ein officiöses Dementi auf dem Fuße gefolgt, allein wie von verschiedenen Seiten übereinstimmend berichtet wird, hat die Pforte thatsächlich die Absicht gehabt, die egyptische Angelegenheit in Fluß zu bringen, hat aber wahrscheinlich in Folge von diplomatischen Einwirkungen von einer Note an die englische Regierung abgesehen. Daß etwas Derartiges in Vorbereitung war, scheint auch daraus hervorzugehen, daß England, um der Pforte zuvorzukommen, mit Frankreich sich zu verständigen sucht. Telegramme, welche aus Kairo in Rom eingetroffen sind, lassen darüber kaum noch einen Zweifel. Nach diesen Drahtmeldungen hängt die Reise des französischen Botschafters Cambon von Konstantinopel nach Kairo mit diesen Unterhandlungen zusammen; daß Cambon dort seine kranke Gemahlin besucht, ist ein diplomatischer Vorwand. England scheint geneigt zu sein, unter dem Druck der gegenwärtigen Isolirung, wie aus Furcht vor einem eventuellen Conflict mit Frankreich, den Franzosen in Egypten sehr weitgehende Zugeständnisse zu machen. Aus Paris wird gemeldet, daß zwischen dem Minister des Aeußern Berthelot und dem russischen Botschafter Baron Mohrenheim in den letzten Tagen ebenfalls mehrfache Besprechungen über die egyptische Frage stattgefunden haben, was nur wahrscheinlich ist, da Frankreich wie in allen internationalen Fragen, so insbesondere in der egyptischen ohne Rußland nichts thun wird.

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 21. Februar. Der allgemeine Verband der Deutschen landwirthschaftlichen Genossenschaften hat für den 1. Februar 1896 eine Statistik seines Bestandes erhoben, die von der gewaltigen Ausdehnung der ländlichen Genossenschaften in der jüngsten Zeit das beredteste Zeugniß ablegt. Begründet ist der Verband im Jahre 1883 mit 278 Genossenschaften in 10 Verbänden. Er wuchs alsdann bis zum Frühjahr 1889 (Inkrafttreten des neuen Genossenschaftsgesetzes) auf 1026 Genossenschaften in 18 Verbänden an. Seitdem ist die Entwickelung schnellen Schrittes weiter gegangen. Im Sommer 1891 zählte er 1556, 1893: 1815, 1895: 2447 Genossenschaften. Im letzten Halbjahr ist das stärkste Wachsthum des Verbandes eingetreten, nämlich auf 3016 Genossenschaften. Und zwar haben sich unter dem Einfluß der preußischen Centralgenossenschaftscasse die Darlehnscassen allein um 500, von 1032 auf 1539, vermehrt, in geringerem Maße die Bezugs- und Absatzvereine von 733 auf 736, die Molkereien von 609 auf 657, die sonstigen Genossenschaften von 46 auf 57. Durch Zutritt des hinterpommerschen Molkereiverbandes und des Verbandes der wirthschaftlichen Genossenschaften des Ermlandes ist die Zahl der zum „Allgemeinen Verband" gehörenden Landes- und Provinzialverbände auf 23 gewachsen, die Zahl der dazu gehörigen Centralgenossenschaften beträgt 27. Der Umfang der einzelnen Verbände ist ein sehr ungleicher. Am weitesten ist das ländliche Genossenschaftswesen in Hessen entwickelt, wo der Anwalt der deutschen landwirthschaftlichen Genossenschaften, Kreisrath Haas in Offenbach a/M., seinen Sitz hat. Das kleine Land zählt nicht weniger als 444 Genossenschaften. Darauf folgt Hannover mit 354 Genossenschaften, die Rheinpfalz mit 305, Rheinpreußen mit 296, die Provinz Sachsen mit 226, Schlesien mit 211 ꝛc. In den östlichen Provinzen Preußens schreitet die Genossenschaftsbildung in so schnellem Tempo fort, daß diese sich, was die Zahl der Genossenschaften betrifft, den alten Verbänden im Westen und Südwesten Deutschlands bald ebenbürtig an die Seite stellen werden. Die kleinsten Verbände sind bisher die ausschließlich aus Molkereien oder Bezugsgenossenschaften bestehenden. Doch bereitet sich in den meisten von ihnen gerade jetzt eine Umwandlung dahin vor, daß auch sie ihr Thätigkeitsgebiet auf alle Arten und Genossenschaften zu erstrecken beginnen. Die anspornende Thätigkeit der preußischen Central-Genossenschaftscasse wird auch bei ihnen Centralgenossenschaften und eine größere Anzahl von Spar- und Darlehnscassen entstehen lassen. Auf der andern Seite werden die hier und da schon entstehenden Absatzgenossenschaften für Getreide, Mehl, Brod, Fleisch, Gemüse, Obst ꝛc., auf deren Förderung in genossenschaftlichen Kreisen gegenwärtig großes Gewicht gelegt wird, dazu beitragen, dem ländlichen Genossenschaftswesen neue Anregungen und eine reichere Ausgestaltung zu bringen.

* **Berlin**, 24. Februar. „Uns genügt das noch lange nicht!" ruft ein agrarisch-bimetallistisches Blatt dem Staatssecretair Freiherrn v. Marschall zu auf dessen kurze Erklärung in der Sonnabendsitzung des Reichstages über das „Mißverständniß", in dem der erste Lord des Schatzes Herr Balfour sowohl gegenüber der deutschen Reichsregierung als auch dem englischen Premierminister befangen ist. Daß diese beiden Stellen in dieser Frage völlig im Einklange sind, wie aus den Worten des Staatssecretairs hervorgeht, genügt also nicht, die Forderung der Aufklärung des „Mißverständnisses" wird fortgesetzt, ferner wird trotz der Feststellung des Reichskanzlers vom 11. Februar wieder angedeutet, der deutsche Botschafter in London sei die Quelle des „Mißverständnisses" u. s. w. Dies Gebahren wird selbst von einem den Agrariern so freundlich gesinnten Blatte, wie es die „Schles. Ztg." ist, indirect wie folgt verurtheilt:

„Die Doppelzüngigkeit englischer Politiker ist gerade auf internationalem Gebiete in letzter Zeit recht deutlich hervorgetreten. Die Windungen Balfour's in der Währungsfrage scheinen nun zu diesem Charakter der Politik Englands mindestens nicht im Widerspruche zu stehen. Es macht fast den Eindruck, als sei Balfour bestrebt, die Verantwortung für das Mißlingen der Conferenzpläne, die gerade infolge seiner Erklärungen vom 22. August v. J. von vornherein wenig Aussicht auf Erfolg hatten, nunmehr arglistig der deutschen Regierung in die Schuhe zu schieben".

Der „Hamb. Corr." erinnert daran, daß derselbe Herr Balfour es war, der gegenüber einer Deputation der Landwirthe der östlichen Grafschaften, die meinte, das englische Ministerium solle auf die auswärtigen Nationen einen Druck zu Gunsten der internationalen Währungsconferenz ausüben, am 6. Februar unumwunden darauf hinwies, daß die Hindernisse, die einer Lösung der Frage im Wege stünden, nicht bei den auswärtigen Nationen, sondern bei der englischen selbst liegen. („I speak not on behalf of the Government in this matter .... But I would say distinctly that the obstacle in the way of carrying out currency reforms does not come from foreign countries. The obstacle is at home.") Das ist deutlich, und vielleicht „genügt" dies Wort ihres englischen Apostels auch den deutschen Jüngern des Bimetallismus.

— Eine Cabinets-Ordre des Kaisers über den Kirchenbesuch an Sonn- und Festtagen ist jetzt in folgendem Wortlaut auch an die Marine ergangen:

„Um Meiner Marine erneut zu erkennen zu geben, wie sehr Mir die Erhaltung und Förderung des religiösen Sinnes am Herzen liegt, erkläre Ich hiermit ausdrücklich, daß die Bestimmung im §. 28, Absatz 3 der Garnisondienstvorschrift vom 12. September 1888, nach welcher unter gewöhnlichen Verhältnissen kein Soldat an Sonn- und Festtagen am Kirchenbesuch behindert werden soll, sich auch auf den freiwilligen Kirchenbesuch erstreckt. Insbesondere wünsche Ich, daß es den Besatzungen meiner Schiffe, soweit es die Eigenart des Vorddienstes nur gestattet, ermöglicht wird, an Sonn- und Festtagen den Gottesdienst zu besuchen. Sie haben diese Meine Willensmeinung, in der Ich Mich mit der in Meiner Marine lebenden Glaubensfreudigkeit eins weiß, derselben bekannt zu geben und das Weitere zu veranlassen."

— Geheimrath von Massow veröffentlicht eine Erklärung, wonach er zur Berufung des conservativen Parteitages schon vor längerer Zeit, insbesondere lange vor dem Austritt Stöcker's aus der Partei und vor der Rede des Herrn v. Kröcher, an maßgebenden Stellen gerathen hat, „aber ohne Erfolg."

— Nach einer Berliner Zuschrift des Mailänder „Corriere della Sera" soll Dr. Peters beabsichtigen, im Auftrage einer amerikanischen Gesellschaft nach dem Somaliland zu gehen. Dr. Peters könnte diese Absicht nur ausführen mit Zustimmung seiner vorgesetzten Behörde oder wenn er den Reichsdienst quittirt.

— Nach den „Berl. N. N." hat der Minister Freiherr von Hammerstein es abgelehnt, der Einladung des Vereins der Spiritusfabrikanten zu dem Festmahl zu folgen, falls Herr v. Diest dabei anwesend sei. Auf Ersuchen der Vereinsmitglieder ist Herr v. Diest dann dem Festmahl ferngeblieben. Die „Berl. N. N." fügen dieser Mittheilung folgende sehr richtige Bemerkungen hinzu: „Jedenfalls ist es doch bedauerlich, daß Herr v. Diest die Verantwortlichkeit für die Verrohung des Tones in unseren Parlamenten und öffentlichen politischen Versammlungen nicht den Socialdemokraten überlassen und daß auch die Leitung der Versammlung des Bundes der Landwirthe den Redner nicht sofort in die Schranken des Anstandes zurückgewiesen hat. Wenn die Socialdemokraten im Reichstage sich die Redewendungen des Herrn v. Diest aneignen sollten, so werden sie sich darauf berufen können, daß die Leitung des Bundes der Landwirthe solche Aeußerungen ungerügt in ihren Versammlungen zuläßt und daß der Bund gegen derartige Mitglieder in keiner Weise einschreitet."

— Wegen Zulassung zur Doctorpromotion ohne Beibringung des vorgeschriebenen Reifezeugnisses hat der Cultusminister Folgendes bestimmt:

„Anläßlich eines neuerdings zur Entscheidung gekommenen Dispensationsgesuches ersuche ich Euere Hochwohlgeboren ergebenst, die Facultäten gefälligst darauf aufmerksam zu machen, daß in Fällen, in denen es sich um Zulassung zur Doctorpromotion ohne Beibringung des Reifezeugnisses von einem deutschen Gymnasium oder Realgymnasium handelt, besonderer Werth darauf zu legen ist, ob der Candidat sich während seiner Studienzeit dermaßen hat, die Lücken seiner schulwissenschaftlichen Vorbildung durch Besuch von allgemein wissenschaftlichen Vorlesungen zu ergänzen."

— Die kürzlich erwähnte Conferenz von landwirthschaftlichen Sachverständigen zur Begutachtung des vom Reichsjustizamt ausgearbeiteten Entwurfs eines neuen Handelsgesetzes ist vom Reichsjustizamt veranlaßt worden und wird auch dort tagen. Von Seiten des Ministeriums für Landwirthschaft sind nur die Vorschläge für die Zusammensetzung dieser Conferenz ausgegangen. Sobald die Vernehmung der landwirthschaftlichen Sachverständigen stattgefunden hat, soll, wie die „Deutsche Sonntagspost" erfährt, der vorläufige Entwurf veröffentlicht werden, damit die öffentliche Kritik Platz greifen kann.

— Bei dem gestrigen Festmahle des brandenburgischen Provinziallandtags brachte der Vorsitzende v. Manteuffel den Kaisertoast aus, worin er, Bezug nehmend auf die Kaiserrede vom 20. Februar, das Gelübde erneuerte: „Bis zum Tode getreu, wie die Vorfahren allzeit zu stehen zu den Markgrafen aus dem Hohenzollernstamme, sie zu lieben, mit ihnen und für sie zu kämpfen und mit Gottes Hilfe unter ihnen zu siegen."

— Der preußische Cultusminister hat auf den Bericht einer königlichen Regierung entschieden, daß die Auffassung, als ob staatliche Beihilfen nur an solche Schulverbände geleistet werden sollen, welche mit Schulabgaben in Höhe von über 75 Procent der Staats- und staatlich veranlagten Steuern belastet sind, nicht zutreffend ist. Neben den Schullasten soll vielmehr auch auf die anderen öffentlichen Abgaben, sowie auf die besonderen wirthschaftlichen und Erwerbsverhältnisse der Gemeinden billige Rücksicht genommen werden. Demgemäß ist auch zugelassen, daß in denjenigen Fällen, in denen die Gemeinden in besonders ungünstigen Verhältnissen sich befinden, die Schullasten bis auf 50 Procent der genannten Steuern und ausnahmsweise auch darunter ermäßigt werden können, während in anderen Fällen, in denen die Steuerkraft der Gemeinden eine besonders hohe ist, eine Belastung für die Zwecke der Volksschule bis zu 100 Procent der Staatssteuern gefordert werden muß.

— Heute ist von den Confectionsarbeitern die Arbeit überall wieder aufgenommen worden; die Beschlüsse der Freitags-Versammlungen, die sich dagegen aussprachen, sind nicht im Geringsten befolgt worden.

— Zu Ehren des in dieser Woche von Berlin scheidenden bisherigen englischen Militairattachés Oberst Swaine fand gestern Abend im „Kaiserhof" ein größeres Abschiedsessen statt. General Graf Wedel ließ den scheidenden Kameraden leben, der dafür herzlich dankte und mit einem Hoch auf den Kaiser schloß. Gegen Ende der Tafel erfuhr Oberst Swaine noch eine Ehrung besonderer Art. Eine Ordonnanz überbrachte vom Kaiser ein gnädiges Handschreiben mit dem Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Classe. Dem Briefe selbst war eine Depesche der Königin Victoria beigefügt, in der sie dem Kaiser auf dessen Wunsch mittheilte, daß Oberst Swaine die ihm zugedachte Auszeichnung annehmen dürfe.

— Der Kaiser hat dem außerordentlichen Gesandten in Hamburg ꝛc., Legationsrath Grafen v. Wallwitz, den Rothen Adler-Orden dritter Classe mit der Schleife verliehen.

* **Hamburg**, 23. Februar. Die gestern abgehaltene Versammlung, in der die Begründung der Abtheilung Hamburg der Deutschen Colonialgesellschaft erfolgte, hatte, wie berichtet, an den Kaiser ein Huldigungstelegramm abgesandt. Darauf ist, nach dem „Hamb. Corresp.", an den Vorstand zu Händen des Herrn Senators O'Swald-Hamburg folgendes Antwort-Telegramm eingegangen: „Uelzen: Ihnen und der Abtheilung Hamburg der Deutschen Colonialgesellschaft danke Ich für die mir anläßlich des Beginnens Ihrer Thätigkeit dargebrachte Huldigung. Möge es der Abtheilung gelingen, dort, wo sich unsere überseeischen Interessen concentriren, der Nothwendigkeit auf baldige Schaffung eines ausreichenden Schutzes dieser Interessen Anerkennung in weiteren Kreisen zu verschaffen.

Wilhelm I. R."

* **Schwerin**, 24. Februar. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Cannes macht die Reconvalescenz des Großherzogs in der letzten Zeit ungestörte Fortschritte. Das Asthma hat sich nicht wieder eingestellt; der Schlaf läßt noch zu wünschen übrig.

* **Bromberg**, 23. Februar. In der Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken theilte der Vorsitzende Professor Wiesner mit, daß die Mitgliederzahl des Vereins in der Provinz Posen etwa 3500 betrage, die sich auf 41 Ortsgruppen vertheilten. Am stärksten sei die Czarnikauer Ortsgruppe, die gegen 500 Mitglieder habe.

* **Posen**, 23. Februar. Der Erzbischof Dr. v. Stablewski reist Anfangs März nach Rom.

* **Stuttgart**, 24. Februar. Der „Staatsanzeiger für Württemberg" veröffentlicht einen Erlaß des Königs an den Justizminister, nach welchem Personen unter achtzehn Jahren bei erstmaligen wegen Gesetzesübertretungen verhängten Strafen von höchstens 3 Monaten von dem Justizministerium ein stets widerruflicher Strafaufschub gewährt und nach einer angemessenen Probezeit bei guter Führung von dem König Nachlaß der Strafe oder Strafmilderung gewährt wird.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 24. Februar. Der Ministerpräsident Graf Badeni empfing eine Abordnung des „Ersten allgemeinen Beamtenvereins der österreichisch-ungarischen Monarchie", welche eine Danks-Kundgebung anläßlich der Einbringung des Pensions-Gesetzes überreichte. Graf Badeni dankte und sagte, er erachte es für eine Pflicht der Regierung, denjenigen die Beamtenschaft so schwer bedrängenden Zustände gründlich abzuhelfen. Er möchte die falsche Auffassung vermieden wissen, daß ein hierauf bezügliches Vorgehen der Regierung mit politischen Beweggründen zusammenhänge. Der Ministerpräsident theilte mit, er habe vom Kaiser die Ermächtigung erhalten, ein Gesetz, betreffend die Regelung der Beamten-Gehälter, einzubringen.

* **Pest**, 24. Februar. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses nahm den Gesetzentwurf, betr. die Verlängerung der Indemnität bis Ende Mai, an. Während der Verhandlung über den Entwurf erklärte der Ministerpräsident Banffy auf eine Anfrage Polzmandy's, die Regierung habe nicht die Absicht, das Parlament aufzulösen, und würde, wenn dies erforderlich sein sollte, noch eine weitere Verlängerung der Indemnität beantragen.

Frankreich.

* **Paris**, 25. Februar. (Telegramm.) Der Staatssecretair der südafrikanischen Republik, Dr. Leyds, kam gestern hier an und wurde Abends von dem Präsidenten Faure empfangen. Er wird heute wieder abreisen. — Gestern Abend fand ein Banket zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts statt, an welchem sich 350 Personen, darunter etwa 100 Deputirte und Senatoren, betheiligten; 4 Minister hatten sich vertreten lassen. Den Vorsitz der Versammlung, in welcher zahlreiche Redner auftraten, führte Emanuel Arago. Er wies den Gedanken zurück, als sollte das Banket eine Kundgebung gegen den Senat bedeuten und führte aus, das Volk fordere Versöhnlichkeit, um nicht die Alles nothwendige Eintracht und Hingebung an die Demokratie zu schwächen.

* **Paris**, 24. Februar. Wie den Blättern aus Nizza gemeldet wird, werde Präsident Felix Faure nach der Einweihung des Anneriond-Denkmals sich am 5. März von Mentone nach Cap Martin zum Besuche des Kaisers und der Kaiserin von Oesterreich, dann nach Monaco zum Besuche des Fürsten Albert und schließlich nach La Turbie zum Besuche des russischen Großfürsten-Thronfolgers begeben.

* **Mentone**, 24. Februar. Der Kaiser Franz Josef ist heute Vormittag um 10 Uhr 30 Minuten hier angekommen und wurde von der Kaiserin am Bahnhof empfangen. Eine zahlreiche Menge grüßte die Majestäten ehrfurchtsvoll, welche im offenen Wagen nach Cap Martin fuhren.

* **Paris**, 24. Februar. Deputirtenkammer. (Fortsetzung.) Deloncle giebt einen vollständigen historischen Ueberblick über die siamesische Frage, ist der Ansicht, daß das kürzlich abgeschlossene Uebereinkommen England zu viel Zugeständnisse einräume und fürchtet, daß Siam nicht genügend Macht besitze, um die Frankreich bewilligten Vortheile respectiren zu lassen. Deloncle fragt, ob Berthelot in Extremis die Politik seines Vorgängers fortsetzen wolle; Berthelot vertheidigt alsdann das erwähnte Uebereinkommen, welches in Siam im Geiste gegenseitiger Versöhnung abgeschlossen ist und beleuchtet die aus demselben hervorgehenden Vortheile. Nächste Sitzung Donnerstag.

Schweiz.

* **Zürich**, 24. Februar. Die „Zürcher Zeitung" und die „Zürcher Post" bringen aus Kreisen des Verwaltungsrathes der Nord-Ost-Bahn die Mittheilung, daß der Verwaltungsrath in der Sitzung vom Sonnabend die im öffentlichen Bulletin wiedergegebenen und von der „Schweizerischen Telegraphen-Agentur" weitergegebenen Beschlüsse über die Kündigung des Personals und über die Weigerung, mit dem Central-Comité der Eisenbahnen zu verhandeln, gar nicht gefaßt habe. (Ein netter Wirrwarr. D. Red.)

Italien.

* **Rom**, 24. Februar. Der russische Ministerresident Iswolski eröffnete dem Cardinal Rampolla, die russische

---

anwalt. Die ganze Rechnung ist bis auf das Paar Stiefel bezahlt, und die sind erst vor vier Monaten geliefert."

„So? Na, das können die halten, wie sie wollen, das geht mich nichts an", entgegnete Leineweber grob.

„Soll zur Zahlung innerhalb acht Tagen aufgefordert werden?"

„Ach was, wäre schade um die fünf Pfennige, schreiben Sie — na, Sie wissen ja — wie's mit den anderen gemacht worden ist. Die Leute mögen sich an die Staatsanwaltschaft wenden. Inspector von Greifingen — vergessen Sie das nicht, aber ändern Sie den einen Punct ab. Schreiben Sie vorläufig nicht mehr, daß er wegen Betrugs in Untersuchung ist, sondern war. Man muß da vorsichtig sein."

„Herr Rechtsanwalt, Greifingens sollen aber in der letzten Zeit Alles bezahlt haben", wagte Rispall noch eine Gegenäußerung, wobei ein lauernder Ausdruck in seinem Gesicht auffallender hervortrat.

„Ja — ja — ich weiß schon. Wird ja auch wohl seine Gründe haben und sich bald einmal ausweisen, woher die's Geld genommen."

„Herr von Greifingen bezieht als Inspector einen hübschen Gehalt, dabei seine Pension."

Leineweber lachte höhnisch.

„Das reicht zusammen gerade für den Wein und die Mahlzeiten. Da geht's noch alleweile hoch her. Man erfährt nur nicht viel mehr davon, seitdem die draußen wohnen. Ja — die wissen, warum sie das Haus, so weit ab von der Stadt gekauft haben."

„Gekauft soll's eigentlich wohl nicht sein."

„Was Sie nicht alles wissen, Rispall", spottete der Rechtsanwalt. „Herrengrund hat, wie er mir selbst gesagt, den Kaufcontract aufgesetzt. Es wird wohl seine Richtigkeit haben, mit dem, was gemunkelt wird. Da ist auch ein Brief von einem Buchdrucker Weinberg aus Mulden, der Zahlung für gelieferte Drucksachen verlangt. Also Gelder cassirt Herr von Greifingen für den Verein ein, wie der Mann schreibt, verweigert aber Zahlung. Wo bleibt das Geld? Da muß die Staatsanwaltschaft hinter. Der Kerl muß ins Zuchthaus. Ich werde Ihnen die Notizen für den Brief an den Buchdrucker Weinberg machen. Gehen Sie an Ihre Arbeit und besorgen Sie die Sache gleich."

Als beim Hinausgehen des Bureauvorstehers die Thür sich öffnete, erblickte Leineweber im Bureau einen Herrn. Noch ehe Rispall Zeit gefunden, denselben anzumelden, war der Rechtsanwalt schon aufgesprungen, ihn zu bewillkommnen.

„Ah, Herr Amtmann, schon so früh heraus? Na, es ist gut, daß Sie gekommen sind. Ich würde heute um Ihren Besuch gebeten haben oder am Nachmittag selbst hinausgekommen sein, Rücksprache mit Ihnen zu nehmen. Wissen Sie vielleicht schon?"

„Was?" fragte der Angeredete, indem er sich in einen Sessel niederließ.

„Nein, Sie werden wohl nicht. Das können Sie ja auch nicht wissen. Man hat so seine Beziehungen. Aber Sie haben jedenfalls gehört, daß der ehemalige Lieutenant von Röllingen wieder da ist?"

„Auch das nicht, was geht es mich an? Ich habe den Kerl nie leiden können", gab Amtmann von Greifingen gleichgiltig zurück.

„Nun, die Sache dürfte Sie doch angehen, Herr Amtmann. Der wird Ihrem Bruder das Geld zum Processiren geben."

Ein verächtliches Lächeln umspielte die aufgeworfene, von einem spärlichen Schnurrbart beschattete Oberlippe.

„Der? das möchte ich doch bezweifeln. Die Röllingens haben nichts."

„Er hatte nichts, Herr Amtmann, aber dem ist's ohne Frage geglückt. Ich habe mich gleich gestern, als ich von der Geschichte hörte, telegraphisch um Auskunft nach Hamburg gewandt, und da — bitte, überzeugen Sie sich. Die Mittheilung ist über jeden Zweifel erhaben."

Rechtsanwalt Leineweber hatte bei diesen Worten aus einem verschlossenen Schubfach seines Schreibtisches ein Blatt Papier genommen und Herrn Georg von Greifingen überreicht, der es gleichmüthig entgegennahm und entfaltete. Beim Durchlesen der Depesche verdunkelte sich sein aufgedunsenes rothes Gesicht allerdings etwas, sonst aber verrieth nichts an ihm, daß er in irgend einer Weise erregt sei.

Darnach scheint's ja doch", sagte er trocken, dem Rechtsanwalt die Depesche zurückgebend. „Wie kommen Sie aber dazu, daran die verrückte Idee zu knüpfen, daß der Inspector jetzt processirt wird. So viel ich weiß, haben die sich vor Jahren etlich gehakt. Und wenn's nicht wäre! Der Röllingen wird sich hüten, heute mit der Gesellschaft wieder anzubändeln."

Rechtsanwalt Leineweber blickte sehr überlegen auf seinen Besuch herab.

„Sie werden gut thun, die Sache nicht so kaltblütig anzusehen, mein lieber Amtmann. Vor Jahren hat es immer geheißen, Röllingen bemühe sich um Fräulein Lisa. Damals konnte aus der Geschichte nichts werden, weil's der alte Herr nicht zugegeben hätte. Denken Sie auch, daß der Fabrikant Nagel lange Zeit um das Fräulein sich bemüht und nichts erreicht hat. Vielleicht hat doch ein Verhältniß bestanden. Die hätte doch sonst den reichen Nagel nicht laufen lassen."

„Herrgott, Leineweber, Sie combiniren ja wie ein altes Weib", stieß der Amtmann ungeduldig heraus. „Da zuzuhören, bin ich wahrhaftig nicht hergekommen, ich habe Besseres zu thun. Was geht mich die ganze Geschichte an? Mögen die doch thun und lassen, was sie wollen. Wenn der Röllingen es wirklich zu was gebracht hat, ich meine, daß alles so ist, wie es da auf dem Wisch steht, dann glaube ich aber vorläufig doch noch nicht, daß der die Lisa nimmt. Vor neun Jahren! Du lieber Gott! Dazumal war sie nicht nur leidlich hübsch, sondern auch eine Partie. Jetzt ist sie eine vergrämte, bissige alte Jungfer, die genug dabei abgekriegt, daß sie mit dem Wolf sich zusammengethan. Die hat's ja nicht besser haben wollen?"

„Es liegt mir fern, meine Ansichten über diese Sache Ihnen aufdrängen zu wollen, Herr Amtmann", gab Leineweber mit leisem Hohn zurück. „Aber ich will Ihnen doch sagen, wie ich dazu gekommen bin, in Ihrem Interesse die Anfrage wegen des von Röllingen nach Hamburg zu richten. Dieser ist gestern Morgen bei dem Justizrath B. gewesen, um mit diesem in der Testaments-Angelegenheit Rücksprache zu nehmen."

„B. hat ihn abgewiesen."

„Natürlich, er vertritt ja Ihre Sachen beim Landgericht. Sie werden aber wohl nicht annehmen, daß Herr v. Röllingen sich dabei beruhigt. Einer meiner Schreiber hat ihn bereits eine halbe Stunde später nach L. abdampfen sehen."

Amtmann von Greifingen war nun doch allgemach aus seinem unerschütterlich scheinenden Gleichmuth aufgerüttelt. Er hatte sich von seinem Sitz erhoben und die Wärme in dem Zimmer schien dem ungewöhnlich großen, starken Mann viel zu schaffen zu machen.

„Es ist eine ganz verdammte Hitze bei Ihnen, Leineweber, machen Sie doch ein Fenster auf", sagte er, indem er sich mit einem gelbseidenen Taschentuche die dicken Schweißtropfen trocknete. „So", fügte er hinzu, als dieser sofort der Aufforderung Folge geleistet, „nun kann man doch wieder Luft schnappen. Was Sie mir da übrigens sagen, rührt mich nicht im Mindesten. Was kann mir der Inspector machen? Das Testament ist in aller Form Rechtens aufgesetzt und das Angreifen geht nur nicht so leicht. Nun sagen Sie mir aber einmal, wie kommt es, daß der freigesprochen ist? Ich hab's ja gleich gesagt, der hätte vor die Strafkammer gemußt. Die Schöffen — was wissen die davon?"

„Reden Sie nur nicht von der Geschichte, Herr Amtmann, da weiß man noch immer nicht wie's abläuft. In der Stadt wird viel geredet und nicht das beste von Biedermann. Ich meine, wir sollten zufrieden sein — die Freisprechung war besser als ein Urtheil, das Herrn von Greifingen zu einer Berufung gezwungen haben würde. Wie's aber in L. abgegangen wäre, ließ sich noch lange nicht sagen."

Der Amtmann lachte überlaut.

„Da wäre er auch verdonnert."

„Na, das wollen wir lieber noch nicht gesagt haben, da hätten sie, ohne alle Frage, Biedermann sofort beigesteckt. Wir können froh sein, wenn die Geschichte ruhig bleibt und gut abläuft, dann ist das eine vorzügliche Vorbereitung für das Weitere."

„Sie glauben — daß — es dazu kommt?"

„Das kann gar nicht ausbleiben."

„Ich wäre gespannt, wie es möglich sein würde, ihn wegen Unterschlagung in Untersuchung zu bringen."

„Das wird das Wenigste sein. Die Verhältnisse drängen sogar dazu. Anonyme Denunciationen sind schon verschiedene bei der Polizeiverwaltung eingegangen, wie ich von dem Polizeicommissar Th. weiß, es werden aber in den nächsten Tagen ein paar andere hinzukommen, die ihre Wirkung nicht verfehlen werden, das kann ich Ihnen versichern."

„Ja, das ist recht gut, ich habe mich schon gewundert, daß bei dem vielen Gerede in der Stadt nicht längst zugefaßt ist. Der hat sich noch immer in Respect zu setzen gewußt, aber Sie glauben doch nicht, daß er einer Unterschlagung sich schuldig gemacht."

„Ob er unterschlagen hat oder nicht, darauf kommt's ja gar nicht an. Die Pointe liegt darin, daß die Denunciationen von verschiedenen Seiten kommen, so daß die Staatsanwaltschaft immer wieder seinen Namen zu sehen kriegt und den Aerger von der Arbeit hat, die er ihr gemacht. Dann kommt das Andere von selbst. Im Uebrigen haben wir einen Fall, womit etwas zu machen ist. Es handelt sich dabei um einen Fünfzig- und einen Zwanzigmarkschein. Beide sind ihm von — an der Name hat ja nichts weiter damit zu thun — in einem gewöhnlichen Briefe zugeschickt worden. Sie sind aber gezeichnet gewesen, und den Zwanzigmarkschein hat Fräulein Lisa noch an demselben Tage bei dem Fleischermeister Scherber in Zahlung gegeben."

(Fortsetzung folgt.)